

Antrag der Fraktion SPD UBB zur Weiterentwicklung der Referatsstruktur

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
die Fraktion SPD UBB stellt folgenden

Antrag

1. Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat der Gemeinde Burgkirchen an der Alz möge beschließen, die bestehende Referatsstruktur der Gemeinde im Hinblick auf ihre gegenwärtige organisatorische Ausgestaltung, ihre inhaltliche Aufgabenwahrnehmung sowie ihre zukünftige Leistungs- und Handlungsfähigkeit umfassend zu überprüfen und bedarfsgerecht fortzuentwickeln.

Im Rahmen dieser Überprüfung soll insbesondere bewertet werden,

1. ob die derzeit bestehenden Referate den aktuellen und zukünftigen kommunalpolitischen Anforderungen weiterhin in angemessener Weise gerecht werden,
2. inwieweit bestehende Aufgabenprofile konkretisiert und organisatorisch gestärkt werden können,
3. ob zusätzliche gesellschaftliche, infrastrukturelle oder strategische Themenfelder künftig durch eigene Referate begleitet werden sollten,
4. sowie welche organisatorischen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um eine aktive, transparente und nachhaltige Referatsarbeit sicherzustellen.

Vor einer konkreten Beschlussfassung über mögliche strukturelle Veränderungen wird angeregt, dass der Erste Bürgermeister gemeinsam mit den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern ein vorbereitendes Abstimmungs- und Koordinierungsgespräch führt.

Ziel dieses Gespräches soll es insbesondere sein,

1. eine gemeinsame Bewertungsgrundlage hinsichtlich der bestehenden Referatsstruktur zu schaffen,
2. mögliche Erweiterungen oder Anpassungen fachlich zu erörtern,
3. organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen zu prüfen,
4. sowie einen möglichst sachorientierten und fraktionsübergreifenden Abstimmungsprozess vorzubereiten.

Begründung

2. Allgemeine Ausgangslage

Die gegenwärtig bestehenden Referate in den Bereichen Familie, Senioren, Inklusion, Partnerschaft, Kultur & Heimat, Umwelt, Feuerwehren, Schulen sowie Kindergärten leisten seit Jahren einen wichtigen und anerkannten Beitrag zur kommunalpolitischen Begleitung zahlreicher gesellschaftlicher Themenfelder innerhalb der Gemeinde Burgkirchen an der Alz.

Durch ihre Tätigkeit wird gewährleistet, dass unterschiedliche gesellschaftliche Interessen, Entwicklungen und Bedürfnisse frühzeitig aufgegriffen und im Rahmen der gemeindlichen Entscheidungsprozesse berücksichtigt werden können.

Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass die praktische Wahrnehmung und öffentliche Sichtbarkeit der Referatsarbeit in den vergangenen Jahren unterschiedlich stark ausgeprägt war.

Insbesondere wurde innerhalb der Beratungen des Gemeinderates wiederholt deutlich, dass regelmäßige und strukturierte Berichterstattungen bislang überwiegend nur vereinzelt erfolgt sind.

Hierdurch entsteht der Eindruck, dass einzelne Referate ihre wichtige politische und kommunikative Funktion nicht in vollem Umfang wahrnehmen konnten.

Die Fraktion SPD UBB ist jedoch ausdrücklich der Auffassung, dass dies nicht als Argument für eine Schwächung oder Reduzierung der bestehenden Referatsstruktur verstanden werden sollte.

Vielmehr zeigt sich hieraus die Notwendigkeit, Referate organisatorisch zu stärken, ihre Aufgabenprofile klarer zu definieren und die Bedeutung dieser ehrenamtlichen Funktionen innerhalb der kommunalen Arbeit stärker hervorzuheben.

Referate stellen eine wichtige Verbindung zwischen Bürgerschaft, Vereinen, Institutionen, Verwaltung und Gemeinderat dar. Gerade durch regelmäßige Berichterstattung, fachlichen Austausch und persönliche Ansprechpartner kann die Transparenz kommunaler Entscheidungen verbessert und die Bürgernähe des Gemeinderates nachhaltig gestärkt werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es aus Sicht der Fraktion SPD UBB sachgerecht und zukunftsorientiert, die bestehende Referatsstruktur sowohl hinsichtlich ihrer organisatorischen Wirksamkeit als auch ihrer inhaltlichen Ausgestaltung umfassend zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Hierbei soll ausdrücklich kein Selbstzweck verfolgt werden. Zielsetzung ist vielmehr, bestehende kommunalpolitische Strukturen an aktuelle und zukünftige Herausforderungen anzupassen, Verantwortlichkeiten klarer zu definieren, die aktive Wahrnehmung der Referatsarbeit zu stärken und die politische Begleitung zentraler Themenbereiche nachhaltig zu verbessern.

3. Bedeutung kommunaler Referate

Referate erfüllen innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung eine wichtige vermittelnde Funktion zwischen Bürgerschaft, Verwaltung, Vereinen, Institutionen und Gemeinderat.

Sie dienen insbesondere dazu,

1. Anliegen und Bedarfe aus der Bevölkerung frühzeitig aufzunehmen,
2. den fachlichen Austausch mit relevanten Einrichtungen und Organisationen zu pflegen,
3. Entwicklungen innerhalb der jeweiligen Themenfelder kontinuierlich zu begleiten,
4. politische Impulse und Handlungsempfehlungen in den Gemeinderat einzubringen,
5. sowie die Transparenz und Bürgernähe kommunalpolitischer Entscheidungen zu stärken.

Hierbei ist ausdrücklich festzuhalten, dass Referate keine Verwaltungsaufgaben übernehmen und auch keine hauptamtlichen Fachstrukturen ersetzen sollen.

Vielmehr handelt es sich um ehrenamtliche politische Funktionen innerhalb des Gemeinderates, deren Aufgabe insbesondere in der politischen Begleitung, Koordinierung und strategischen Unterstützung kommunaler Themenbereiche besteht.

4. Aufgabenverständnis der bestehenden Referate

Um eine nachhaltige und nachvollziehbare Arbeitsweise sicherzustellen, sollte für sämtliche Referate ein klares Aufgabenprofil definiert werden.

4.1 Familienreferat

Das Familienreferat dient als Ansprechpartner für familienbezogene Anliegen innerhalb der Gemeinde. Es begleitet familienfreundliche Entwicklungen, unterstützt entsprechende Projekte und wirkt an der Verbesserung familiengerechter Rahmenbedingungen mit.

4.2 Seniorenreferat

Das Seniorenreferat vertritt die Belange älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es begleitet Maßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe sowie seniorengerechter Infrastruktur und unterstützt den Austausch mit entsprechenden Einrichtungen und Initiativen.

4.3 Inklusionsreferat

Das Inklusionsreferat begleitet Themen der Barrierefreiheit und gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Ziel ist die Förderung eines inklusiven und diskriminierungsfreien Gemeinwesens.

4.4 Partnerschaftsreferat

Das Partnerschaftsreferat unterstützt die Pflege kommunaler Partnerschaften und fördert den gesellschaftlichen, kulturellen und zwischenmenschlichen Austausch mit Partnergemeinden.

4.5 Referat Kultur & Heimat

Dieses Referat begleitet kulturelle Veranstaltungen, unterstützt die Pflege regionaler Traditionen und trägt zur Stärkung der örtlichen Identität sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei.

4.6 Umweltreferat

Das Umweltreferat begleitet umwelt- und klimapolitische Themenfelder, unterstützt nachhaltige Entwicklungen und wirkt bei der Sensibilisierung für ökologische Fragestellungen innerhalb der Gemeinde mit.

4.7 Referat Schulen und Kindergärten

Dieses Referat begleitet die Entwicklung der örtlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und unterstützt den Austausch zwischen Gemeinderat, Verwaltung und den jeweiligen Einrichtungen.

5. Jugend & Beteiligung als zentrales Zukunftsthema

Aus Sicht der Fraktion SPD UBB stellt insbesondere der Bereich „Jugend & Beteiligung“ ein wesentliches Zukunftsfeld kommunaler Entwicklung dar.

Junge Menschen bilden einen bedeutenden Anteil der Bevölkerung und sind zugleich zukünftige Träger des gesellschaftlichen und demokratischen Gemeinwesens.

Die Gemeinde Burgkirchen an der Alz zählt rund 11.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Darunter befinden sich etwa 1.943 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, was einem Anteil von rund 18 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.

Darüber hinaus zeigt sich die hohe Bedeutung von Jugendarbeit und Vereinsleben exemplarisch am SV Gendorf Burgkirchen mit rund 2.530 Mitgliedern. Dies entspricht etwa 23 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Diese Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll den hohen Stellenwert ehrenamtlicher Strukturen, sozialer Gemeinschaften sowie der Vereinsarbeit innerhalb der Gemeinde.

Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass selbst ein stark ausgeprägtes Vereinswesen nicht sämtliche Kinder und Jugendlichen gleichermaßen erreicht.

Offene Jugendarbeit, soziale Einrichtungen sowie hauptamtliche Fachkräfte leisten in diesem Zusammenhang bereits heute wertvolle und professionelle Arbeit, welche ausdrücklich anerkannt und unterstützt wird.

Dennoch kann und soll diese Arbeit die politische Funktion eines Jugendreferates nicht ersetzen.

Während Vereine, Einrichtungen und Fachkräfte konkrete Angebote umsetzen, besteht die Aufgabe eines kommunalen Referates darin, Interessen zu bündeln, politische Entwicklungen zu begleiten sowie Anliegen junger Menschen strukturiert in die Arbeit des Gemeinderates einzubringen.

Ein Referat „Jugend & Beteiligung“ könnte daher insbesondere:

1. als dauerhafte Ansprechstelle für Jugendliche fungieren,
2. Beteiligungsformate wie Jugendforen, Workshops oder projektbezogene Mitwirkungsmodelle begleiten,

3. bestehende Angebote besser vernetzen,
4. Bedarfe frühzeitig sichtbar machen,
5. sowie die Perspektiven junger Menschen stärker in kommunale Entscheidungsprozesse integrieren.

6. Abgrenzung zwischen ehrenamtlicher politischer Funktion und hauptamtlicher Tätigkeit

Die Fraktion SPD UBB hält es in diesem Zusammenhang für wesentlich, klar zwischen ehrenamtlicher politischer Steuerung und hauptamtlicher fachlicher Umsetzung zu unterscheiden.

Hauptamtliche Kräfte – insbesondere im Bereich der Jugendarbeit – leisten unverzichtbare fachliche Arbeit und tragen wesentlich zur Qualität kommunaler Angebote bei.

Gleichzeitig sollte die politische Schwerpunktsetzung weiterhin durch die demokratisch legitimierten Gremien und deren ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter erfolgen.

Referate dienen daher ausdrücklich nicht der fachlichen Leitung oder Einflussnahme auf hauptamtliche Tätigkeiten, sondern der politischen Begleitung und Interessenvertretung innerhalb des Gemeinderates.

7. Arbeitsweise und Verbindlichkeit der Referate

Die Fraktion SPD UBB teilt ausdrücklich die Auffassung, dass Referate nur dann einen tatsächlichen und nachhaltigen Mehrwert für die kommunale Arbeit entfalten können, wenn diese aktiv, kontinuierlich und nachvollziehbar ausgeübt werden.

Ein Referat sollte sich daher nicht ausschließlich auf repräsentative Funktionen oder gelegentliche Einzelberichte beschränken.

Vielmehr sollte die Tätigkeit eines Referates von regelmäßiger Kommunikation, fachlichem Austausch, Bürgernähe sowie einer erkennbaren inhaltlichen Begleitung des jeweiligen Aufgabenbereiches geprägt sein.

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Anforderungen erscheint es wichtig, dass Referate als aktive Schnittstellen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung, Vereinen, Institutionen und Gemeinderat wahrgenommen werden.

Die Fraktion SPD UBB ist der Auffassung, dass hierfür nachvollziehbare organisatorische Rahmenbedingungen erforderlich sind, welche sowohl Transparenz als auch Verbindlichkeit innerhalb der Referatsarbeit stärken.

Dabei soll ausdrücklich kein bürokratischer Mehraufwand geschaffen werden. Ziel ist vielmehr eine bessere Strukturierung, Nachvollziehbarkeit und öffentliche Wahrnehmbarkeit der geleisteten ehrenamtlichen Arbeit.

7.1 Vorschläge zur organisatorischen Ausgestaltung

Daher wird vorgeschlagen:

1. die Einführung regelmäßiger Quartalsberichte der Referate gegenüber dem Bürgermeister und dem Gemeinderat,
2. die Definition nachvollziehbarer Erwartungen hinsichtlich Aktivität, Präsenz, Kommunikation und Bürgernähe,
3. die Durchführung regelmäßiger Evaluierungsgespräche zur Arbeitsweise und Zielerreichung der Referate,
4. die stärkere Einbindung der Referate in relevante kommunale Themen- und Projektbereiche,
5. sowie die Möglichkeit, Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche im Rahmen der Geschäftsordnung des Gemeinderates bei längerer Inaktivität oder auf Wunsch des jeweiligen Referenten organisatorisch neu zu ordnen.

Diese Maßnahmen dienen ausdrücklich nicht der Schaffung disziplinarischer Sanktionen.

Vielmehr soll sichergestellt werden, dass Referate ihrer politischen Funktion in angemessener Weise gerecht werden können und die hierfür notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen erhalten.

Durch eine klarere Aufgabenbeschreibung, regelmäßige Berichterstattung und nachvollziehbare Zuständigkeiten gewinnen Referate sowohl innerhalb des Gemeinderates als auch gegenüber der Bürgerschaft an Bedeutung, Transparenz und Wirksamkeit.

Die vorgeschlagenen Regelungen bewegen sich im Rahmen der organisatorischen Zuständigkeit des Gemeinderates gemäß der Bayerischen Gemeindeordnung sowie der kommunalen Geschäftsordnung.

8. Begründungen zu möglichen weiteren Referaten

8.1 Digitalisierung & Bürgerservice

Die fortschreitende Digitalisierung verändert zunehmend sämtliche Lebens- und Verwaltungsbereiche.

Ein entsprechendes Referat könnte die Entwicklung moderner Verwaltungsangebote begleiten, digitale Bürgerdienste fördern sowie Impulse für Transparenz, Effizienz und Bürgernähe setzen.

8.2 Jugend & Beteiligung

Die stärkere Einbindung junger Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse stellt einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Entwicklung und Zukunftsfähigkeit der Gemeinde dar.

Ein entsprechendes Referat könnte Beteiligungsprozesse fördern und jugendpolitische Anliegen strukturiert begleiten.

8.3 Integration & gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gesellschaftliche Vielfalt erfordert aktive Maßnahmen zur Förderung eines respektvollen und solidarischen Zusammenlebens.

Ein entsprechendes Referat könnte bestehende Integrationsmaßnahmen begleiten, gesellschaftlichen Austausch fördern und neue Impulse für den sozialen Zusammenhalt setzen.

8.4 Wirtschaft, Gewerbe & Tourismus

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde bildet eine wesentliche Grundlage für Beschäftigung, Lebensqualität und kommunale Zukunftssicherung.

Ein entsprechendes Referat könnte als Ansprechpartner für Gewerbe, Wirtschaft und Tourismus fungieren sowie den Austausch zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Gemeinderat stärken.

8.5 Mobilität & Infrastruktur

Die Anforderungen an Verkehrsentwicklung, Infrastruktur und nachhaltige Mobilitätskonzepte nehmen stetig zu.

Ein entsprechendes Referat könnte infrastrukturelle Entwicklungen begleiten, Bürgerinteressen bündeln und langfristige Mobilitätsstrategien unterstützen.

8.6 Vereinsreferat

Die örtlichen Vereine leisten durch ehrenamtliches Engagement einen herausragenden Beitrag für Gemeinschaft, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein Vereinsreferat könnte:

1. als zentrale politische Ansprechstelle für Vereine dienen,
2. Anliegen und Bedarfe bündeln,
3. die Vernetzung innerhalb der Vereinslandschaft fördern,
4. sowie die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Verwaltung und Gemeinderat stärken.

Dabei ist ausdrücklich festzuhalten, dass ein Vereinsreferat weder bestehende Vereinsstrukturen noch hauptamtliche Tätigkeiten ersetzt.

Vielmehr soll es diese unterstützend begleiten und die politischen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement nachhaltig verbessern.

9. Schlussbemerkung

Die Fraktion SPD UBB ist überzeugt, dass eine behutsame, sachorientierte und strukturell durchdachte Weiterentwicklung der Referatsstruktur einen wichtigen Beitrag zur zukünftigen Handlungsfähigkeit des Gemeinderates leisten kann.

Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist ausdrücklich nicht die Schaffung zusätzlicher Titel oder rein formaler Zuständigkeiten. Vielmehr soll erreicht werden, dass zentrale gesellschaftliche Themenfelder innerhalb der kommunalpolitischen Arbeit frühzeitig erkannt, fachlich begleitet und nachhaltig in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Die bisherige Arbeit einzelner Referentinnen und Referenten zeigt eindrucksvoll, welchen Mehrwert dieses Instrument für unsere Gemeinde haben kann. Beispielhaft sei der geschätzte Kollege Dr. Gerstorfer von der CSU genannt, der seine Aufgaben seit vielen Jahren mit großem Engagement, hoher Fachkompetenz und großem persönlichem Einsatz ausfüllt. Ebenso leistet der Kollege Kölbl von der SPD UBB als Seniorenreferent wertvolle Arbeit für eine Bevölkerungsgruppe, deren Anliegen angesichts des demografischen Wandels immer mehr an Bedeutung gewinnen. Beide stehen stellvertretend für viele engagierte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die Verantwortung nicht als Titel, sondern als Verpflichtung verstehen.

Gerade deshalb sollte die Schlussfolgerung aus derzeit nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommenen Referaten nicht deren Abschaffung sein. Eine Struktur wird nicht dadurch besser, dass man sie verkleinert – sie wird besser, wenn sie mit Leben gefüllt wird. Nicht das Referat ist entscheidend, sondern das Engagement

derjenigen, die Verantwortung übernehmen. Wer ein Amt übernimmt, sollte es auch mit Inhalt füllen. Wer Verantwortung übernimmt, sollte sie sichtbar wahrnehmen.

In der vergangenen Sitzung hat der geschätzte Kollege Czernin von den Freien Wählern zutreffend darauf hingewiesen, dass die angespannte finanzielle Situation der Gemeinde eine besonders verantwortungsvolle Verwaltung unserer Mittel verlangt. Diese Einschätzung teilen wir ausdrücklich. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist jedoch die kommunalpolitische Arbeit wichtiger denn je. Denn Sparsamkeit darf niemals mit politischer Zurückhaltung verwechselt werden.

Unsere Aufgabe als gewählte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte besteht nicht allein darin, Zahlen zu verwalten oder Beschlüsse zu fassen. Wir sind gewählt worden, um für die Menschen ansprechbar zu sein, Probleme frühzeitig zu erkennen, Brücken zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik zu schlagen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht Präsenz, Dialog und Verantwortungsbewusstsein.

Viele Menschen spüren den Druck der Zeit unmittelbar. Sie erwarten einen Gemeinderat, der zuhört, begleitet und gestaltet. Deshalb sollte unsere Antwort auf offene Themenfelder nicht lauten, Zuständigkeiten abzubauen, sondern Verantwortung auszubauen. Nicht weniger Ansprechpartner schaffen Vertrauen, sondern mehr engagierte Ansprechpartner.

Eine moderne Referatsstruktur ist deshalb kein Selbstzweck. Sie ist Ausdruck einer aktiven, bürgernahen und zukunftsorientierten Kommunalpolitik. Sie stärkt den regelmäßigen Austausch mit Vereinen, sozialen Einrichtungen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern und entlastet zugleich den Gemeinderat durch eine frühzeitige fachliche Begleitung wichtiger Themen.

Die Fraktion SPD UBB versteht ihren Vorschlag ausdrücklich als konstruktiven Beitrag. Es geht nicht um Parteipolitik, sondern um die gemeinsame Verantwortung aller Fraktionen für die Zukunft unserer Gemeinde. Gute Ideen verlieren nicht an Qualität, weil sie von einer anderen Fraktion kommen. Ebenso sollten sinnvolle Strukturen nicht infrage gestellt werden, nur weil einzelne Funktionen zeitweise unbesetzt geblieben sind. Unsere Aufgabe sollte es sein, diese Funktionen wieder mit engagierten Persönlichkeiten zu besetzen und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Gerade weil die Organisation des Gemeinderates die Öffentlichkeit unmittelbar betrifft, sollte über diesen Antrag transparent und öffentlich beraten werden. Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, wie ihr Gemeinderat die zukünftige Arbeit organisiert und welche Vorstellungen die einzelnen Fraktionen von Bürgernähe, Verantwortung und kommunalem Engagement haben. Offenheit schafft Vertrauen – und Vertrauen ist die wichtigste Grundlage kommunalpolitischer Arbeit.

Die Fraktion SPD UBB bittet den Gemeinderat daher, dem Antrag auf Weiterentwicklung der Referatsstruktur zuzustimmen. Wir sollten heute nicht darüber entscheiden, welche Aufgaben wir künftig weniger wahrnehmen wollen, sondern darüber, wie wir gemeinsam noch mehr Verantwortung für unsere Gemeinde übernehmen können. Denn genau dafür wurden wir von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion SPD UBB

Burgkirchen, 14.07.2026

SPD/UBB-Fraktion im Gemeinderat